



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 17.12.2019

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland
Vortisch, Volker Hans

Schriftführer/in:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Renz, Uwe
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 09.12.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 12.12.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Konstandin
Gemeinderat Schaier



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020 **BV/469/2019**
 - Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020
 - Einbringung
3. Eigenbetrieb Wasserversorgung **BV/471/2019**
 - Entwurf des Wirtschaftsplanes 2020
 - Einbringung
4. Eigenbetrieb Abwasser **BV/472/2019**
 - Entwurf des Wirtschaftsplanes 2020
 - Einbringung
5. Plangebiet "Bühl" und Standortentwicklung gewerbliche Flächen - **BV/409/2019/2**
 - Alternativenprüfung
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Standortentwicklung Wohnbau- und Sonderflächen - Alternativenprüfung **BV/476/2019**
 - Beratung und Beschlussfassung
7. „Pfinztal zum sicheren Hafen erklären“ **BV/474/2019**
 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt durch Gemeinderätin Fahir (SPD) und Gemeinderätin Frensch (Die Linke)
 - Beratung und Beschlussfassung
8. Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses mit der Stadt Bretten, Zustimmung der Ergänzung in § 3 Abs. 4 zur Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung **BV/475/2019**
9. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den gemeinsamen Holzverkauf waldbesitzender Kommunen im Landkreis Karlsruhe **BV/478/2019**
 - Beratung und Beschlussfassung
10. Regenerative Energien Pfinztal GmbH/ **BV/450/2019**
 - Übernahme des Jahresfehlbetrages durch die Gemeinde Pfinztal
 - Beratung und Beschlussfassung
11. Annahme von Spenden **BV/477/2019**
 - Beratung und Beschlussfassung
12. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/473/2019**
13. Mitteilungen der Bürgermeisterin
14. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium



-
15. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Hertlin teilt mit, er sei Sprecher des Koordinierungsteams der Flüchtlingshilfe Pfinztal und wolle sich zu Tagesordnungspunkt 7 äußern. Er macht deutlich, dass die Verteilung von Flüchtlingen alleine in der Verantwortung des Innenministeriums liegt und ausschließlich über die Bundesländer auf die Kommunen erfolgt. Sofern sich die Gemeinde Pfinztal zu einem „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklären würde, bekäme man trotzdem keine zusätzlichen Flüchtlinge zugeteilt. Es würde sich lediglich um einen symbolischen Akt ohne konkrete Auswirkungen handeln. Denn Bootsflüchtlinge würden genauso wie alle anderen Flüchtlinge behandelt und verteilt. Man könne lediglich ein Zeichen der Humanität und Menschlichkeit setzen. Beim Runden Tisch der Flüchtlingshilfe sei man der Meinung gewesen, dass sich alle Gemeinderatsmitglieder dem Antrag anschließen sollten.

Herr Köhl spricht die Verkehrskontrolle auf der B 10 zwischen Söllingen und Kleinsteinbach an. Sie sei Auslöser eines erschreckenden Berichts in den BNN gewesen. Es sei in diesem Bericht falsch informiert und nicht korrekt zwischen dem Durchfahrtsverbot für Lkw über 12 Tonnen und dem generellen Durchfahrtsverbot für Lkw ab 7,5 Tonnen unterschieden worden. Dankbar sei er für die anschließenden Wortmeldungen in der Presse von Bürgermeisterin Bodner und Herrn Hörter gewesen, wo manches richtiggestellt worden sei. Die Frage stelle sich für ihn, ob der Leiter der Verkehrspolizeidirektion Karlsruhe lediglich falsch zitiert oder falsch interpretiert wurde und was die Gemeinde unternehmen werde, um für eine Richtigstellung zu sorgen.

Bürgermeisterin Bodner meint, sie wisse nicht, welche Aussagen getätigt wurden. Sowohl der Erste Landesbeamte Herr Bühler als auch der Leiter der Verkehrspolizeidirektion seien bereit, dem Gremium Rede und Antwort zu stehen.

Frau Zobel regt an, beim Bahnübergang Söllingen eine Informationstafel mit einer Baufortschrittsanzeige und Informationen über die beteiligten Firmen anzubringen. Außerdem regt sie eine Optimierung des Verkehrs auf der Umfahrungsstrecke an. Wenn man aus dem Gewerbegebiet Reetzstraße nach links in die Nordumgehung einbiegen möchte, müsse man sich langsam vorpirschen, weil die Sicht in die Unterführung sehr schlecht sei. Sie rege an, hier einen Verkehrsspiegel anzubringen. Auch einen Verkehrsspiegel in der Unterführung vor der Kurve in Richtung Neubaugebiet hält sie für angebracht, damit man um die Kurve sehen und Gefahren rechtzeitig erkennen kann. Weiter will sie wissen, warum der Bahndurchlass im Bahnwinkel für Pkw gesperrt wurde.

Herr Knobloch lässt sie wissen, dass der Umweg über die Nordumgehung nicht allzu groß ist, man halte dies für zumutbar. Der Bahndurchlass beim Bahnwinkel entspreche in keinsten Weise den Bedürfnissen für einen öffentlichen Verkehr. Wenn hier Fußgänger und der motorisierte Verkehr sich gleichzeitig begegnen, entstehe eine Gefahr für die Fußgänger. Hinzu komme noch, dass sich in diesem Bereich eine Stadtbahnhaltestelle mit Zugängen auf diesen Verkehrsweg befindet, was die Gefahr nochmals verschärfe. Aus diesem Grund habe man die Durchfahrt für Pkw gesperrt, es dürften den Durchlass nur noch Radfahrer und Fußgänger benutzen. Eine Bautafel soll erst dann angebracht werden, wenn mit dem Bau der Unterführungen am Bahnübergang begonnen wird. Er sagt ihr noch Prüfungen zu, ob die angeregten Verkehrsspiegel sinnvoll sind und realisiert werden sollten.



2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020
- Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushalts-
jahr 2020
- Einbringung

Bürgermeisterin Bodner informiert, mit der heutigen Einbringung des Haushalts für das Jahr 2020 markiere man einen Meilenstein. Denn in einem langwierigen Prozess habe die Verwaltung nun die Vorbereitungen für den ersten doppischen Haushalt abgeschlossen. Die Mitarbeiter der Verwaltung hätten zusammen mit dem beauftragten Büro eine Vermögenserfassung und –bewertung durchgeführt. Der erste Akt der Datenumstellung sei positiv vollzogen worden, ein zweiter Akt erfolge im Januar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung seien allgemein und zu spezifischen Themen geschult und auch der Gemeinderat sei eingewiesen worden. Die heutige Einbringung des Haushalts 2020 sei für die Verwaltung ein Ereignis von besonderer Bedeutung, weil man die Zwischenziele nun hinter sich lassen und eine neue Phase einleiten kann. Auf der Basis der durchgeführten Arbeiten sei ein geordneter Übergang vom bisherigen kameralen System zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen gewährleistet. Ganz erfreulich sei eine Zahl, deren Bedeutung man erst im kommunalen Vergleich erfassen könne. Der erste doppische Haushalt schließe mit einem ordentlichen Ergebnis von minus 199.900 Euro ab. Vergleichbare Kommunen in der Umgebung hätten ihren ersten doppischen Haushalt mit ordentlichen Ergebnissen von minus 460.000 Euro bis minus 2,4 Mio. Euro abgeschlossen. Zum weiteren Procedere sei zu sagen, dass man sich darauf verständigt hat, dem Gemeinderat bis Ende Januar Gelegenheit für Rückfragen zu geben. Die weitere Beratung erfolge dann im Februar, sodass eventuell im März der Haushalt verabschiedet werden könnte.

Herr Sturm ergänzt, nach der Umstellung auf die Doppik würden die Informationen zum Haushalt in einer anderen Aufmachung erscheinen. Im Ergebnishaushalt belaufe sich der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 42.518.369 Euro, der Gesamtbetrag der Erträge liege bei 42.318.469 Euro. Dies führe zu einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von minus 199.900 Euro. Größter Einnahmeposten sei der Gemeindeanteil am Einkommensteueraufkommen von etwa 12,8 Mio. Euro, gefolgt von den Schlüsselzuweisungen von rund 11,66 Mio. Euro. Größte Ausgabe position seien die Transferleistungen mit Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage mit rund 20 Mio. Euro gefolgt von den Personalausgaben mit rund 12 Mio. Euro. Die Kreisumlage sei mit dreißig Prozentpunkten im Haushalt veranschlagt, jede Erhöhung um einen Prozentpunkt würde eine Belastung von rund 200.000 Euro bedeuten. Der Finanzhaushalt habe ein Gesamtvolumen von etwa 8,8 Mio. Euro, die geplante Neukreditaufnahme liege bei rund 4,8 Mio. Euro. Sie sei gleichzeitig auch die größte Einnahme position im Finanzhaushalt. Nach der Planung erwirtschaftete man aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 903.000 Euro; dies entspreche der früheren Zuführungsrate vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt. Zum ordentlichen Ergebnis sei noch festzustellen, dass man Abschreibungen von etwa 1,6 Mio. Euro ausgewiesen hat. Von diesen 1,6 Mio. Euro erwirtschaftete man über den Ergebnishaushalt bereits eine Summe von etwa 1,4 Mio. Euro, so dass das Ergebnis bei den bereits erwähnten rund 200.000 Euro liegt. Größte Ausgabe position des Finanzhaushalts seien die Bauausgaben mit rund 5 Mio. Euro. Ein Blick auf die Schuldenstandsübersicht zeige, dass einschließlich der geplanten Neukreditaufnahme die Schulden bei etwa 7,3 Mio. Euro liegen. Die Grundsteuer- und Gewerbesteuererinnahmen würden sich weiterhin positiv entwickeln. Er gibt weitere Informationen zur Einnahmeentwicklung wie zum Beispiel dem Anteil an der Einkommensteuer mit 12,8 Mio. Euro und den Schlüsselzuweisungen mit 11,6 Mio. Euro.

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich für die Informationen und bittet um Kenntnisnahme der vorgelegten Haushaltsplanung.



3. Eigenbetrieb Wasserversorgung
- Entwurf des Wirtschaftsplanes 2020
- Einbringung

Herr Sturm verweist auf die Verwaltungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt und macht deutlich, dass in der Tabelle zur Darlehensübersicht ein Fehler enthalten ist. Tatsächlich belaufe sich der Schuldendienst für den Zins nicht auf rund 240.000 Euro, sondern auf etwa 152.000 Euro, was mit Blick auf den Gewinn eine Verbesserung auf 128.000 Euro bedeutet.

Gemeinderätin Eisenbusch regt an, die Tabellen mit einer Spalte für den Übertrag und einer Spalte mit den Zahlen für 2019 zu versehen.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass der vorgelegte Wirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebs Wasserversorgung zur Kenntnis genommen wird.

4. Eigenbetrieb Abwasser
Entwurf des Wirtschaftsplanes 2020
Einbringung

Herr Sturm informiert, der Wirtschaftsplan 2020 weise im Erfolgsplan Ansätze in Ertrag und Aufwand von je rund 3 Mio. Euro auf. Der Erlös aus der Abwassergebühr beziffere sich auf rund 2,48 Mio. Euro. Auf der Aufwandsseite würden die Abschreibungen einen Betrag von 732.000 Euro ausmachen. Der Gewinn liege bei null Euro. Dies müsse auch so sein, weil der Eigenbetrieb keinen Gewinn ausweisen darf. Die Ansätze im Vermögensplan würden in Einnahmen und Ausgaben bei 4.024.000 Mio. Euro liegen. Er verweist auf eine Änderung in der Tabelle „Aufwand“ zum Vermögensplan. Für die Schließung des RÜB 5 würden in diesem Jahr nicht 1,5 Mio. Euro benötigt, sondern lediglich 500.000 Euro. Die geplante Neukreditaufnahme verringere sich dadurch auf etwa 2,3 Mio. Euro.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine Wortmeldungen zur Sache vorliegen und der Entwurf des eingebrachten Wirtschaftsplans zur Kenntnis genommen wird. Sie bedankt sich vor der Beendigung des Tagesordnungspunktes bei den sechs Zuhörerinnen und Zuhörern für deren Interesse an der Kommunalpolitik.

5. Plangebiet "Bühl" und Standortentwicklung gewerbliche Flächen - Alternativenprüfung
- Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner heißt Frau Schönhaar willkommen und bittet sie um den Sachvortrag.

Frau Schönhaar verweist auf die Darlegungen in der Verwaltungsvorlage und die Tatsache, dass die Alternativenprüfung als Teil des strategischen Flächenmanagements zur Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gemeinde bereits mehrfach behandelt wurde.



Sie sehe deshalb davon ab, nochmals im Detail auf das Thema der Alternativenprüfung einzugehen. In der letzten Sitzung des Gemeinderats am 26.11.2019 sei die Beratung des Punktes abgesetzt worden, weil noch ein Klärungsbedarf bestand. In der darauffolgenden Sitzung des Ältestenrats sei dies nochmals besprochen worden. Sie meine, dass ein Konsens gefunden wurde, der sich im Beschlussvorschlag wiederfinde. Die Alternativenprüfung habe man nun ausgedehnt auch auf die Gewerbeflächen in Pfinztal. Die Verwaltung unterbreite heute den Vorschlag, die gewerbliche Entwicklung im Baugebiet „Bühl“ einzustellen, die Gründe habe man in der Vorlage ausführlich dargelegt. Gründe seien die Tatsache, dass einerseits die Realisierung von störendem Gewerbe nicht möglich ist und andererseits auch die Erschließungssituation mit dem Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet ein nicht ausräumbares Problem darstellt. Die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde diesbezüglich bezeichnet sie als vernichtend. Die Verwaltung schlage deshalb vor, die Planungstätigkeit für das Gebiet „Sonnenberg-Salbusch“ zu verstärken und hier zeitnah Flächen für nicht störendes Gewerbe zu entwickeln. Die Verwaltung habe diesbezüglich bereits vorgearbeitet, einen städtebaulichen Entwurf werde man voraussichtlich bereits im Januar dem Gremium vorstellen können und danach in die Diskussion einsteigen. Ziel der Verwaltung sei es, diese Fläche im kommenden Jahr bauleitplanerisch zu entwickeln und zu beschließen.

Gemeinderat Rendes bedankt sich für den Vortrag und meint, die Alternativenprüfung sei tatsächlich ein Baustein, der noch fehle. Andererseits sei man in der CDU-Fraktion auch traurig, weil die gewerbliche Entwicklung im „Bühl“ nicht mehr weiterverfolgt werden soll. Seine Fraktion halte die Generierung weiterer Gewerbeflächen für wichtig. Im Baugebiet „Bühl“ habe man dies schon lange im Blick. Traurig und frustrierend sei es, dass man nach so vielen Jahren der Hoffnung nun das Aus für diese Fläche erfahre. Man habe schon viel in diese Planung investiert und stehe nun mit nichts da. Trotzdem müsse man nach vorne schauen, seine Fraktion unterstütze die Alternativenprüfung für den gewerblichen Bereich und insgesamt die Beschlussempfehlung der Verwaltung.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart bedankt sich ebenfalls für den Vortrag von Frau Schönhaar. Die Fraktion der Grünen sehe es etwas anders als die CDU-Fraktion. Tatsächlich sei man schon immer gegen die Ausweisung dieses Gebietes gewesen. Zusammenfassend stehe nun fest, dass das Gebiet topografisch ungeeignet und nicht nachhaltig ist, einen Verlust von Erholungsflächen für die Bevölkerung darstellt und deshalb nicht sozialverträglich ist und außerdem das Landschaftsbild zerstört. Dies alles sei nun amtlich festgestellt. Sie halte es für gut, dass diese Fläche nun auch aus dem Flächennutzungsplan gestrichen wird. Man sollte nun aber nicht zwanghaft nach etwas Neuem suchen, sondern nach Flächen, die sinnvoll sind und den gesetzten Rahmenbedingungen und Kriterien entsprechen.

Frau Schönhaar macht deutlich, die gewerbliche Fläche im „Bühl“ müsse man streichen, die Entwicklung einer Wohnbaufläche sei allerdings in der Alternativenprüfung noch enthalten. Zur gewerblichen Entwicklung des Gebietes „Sonnenberg/Salbusch“ sei zu sagen, dass man dies tatsächlich nicht zwanghaft machen will, sondern eine fundierte Erarbeitung mit mehreren Entwürfen vorhat. Sie habe Verständnis für den aufkommenden Frust, weil es der Verwaltung ähnlich gehe. Man habe viel Energie und Arbeit in diesen Bebauungsplan investiert. Die Alternativenprüfung sei nun der richtige Weg, weil in diesem Verfahren vorab alles geklärt wird.

Gemeinderätin Eisenbusch bedankt sich für die exzellente Vorlage. Ihre Fraktion verabschiede sich von der gewerblichen Entwicklung im „Bühl“. Die Verwaltung habe dem Gremium die Augen geöffnet, die Weiterentwicklung sei nicht möglich. Wichtig seien ihrer Fraktion die Entwicklung von Alternativen und die Tatsache, dass man etwas anbieten kann. Der Ansatz der SPD-Fraktion gehe dahin, nicht ein großes Gewerbegebiet zu entwickeln, sondern Entwicklungsmöglichkeiten für die vorhandenen Betriebe zu schaffen, damit diese Pfinztal nicht verlassen und Arbeitsplätze anbieten können. Im Blick auf die Diskussionen zum The-



ma „Klima“ gebe es aus ihrer Sicht nichts besseres, wenn Arbeitsplätze am Ort geschaffen werden und Pendler nicht täglich nach Karlsruhe oder Pforzheim fahren müssen. Insofern müsse man die bestehenden Betriebe im Ort halten und ihnen Erweiterungsmöglichkeiten anbieten, sofern dieser Wunsch besteht. Zu viele Betriebe hätten sich bereits aus Pfinztal verabschiedet. Ihre Fraktion könne den Verwaltungsempfehlungen zustimmen. Sie will noch wissen, ob sich die Alternativenprüfung auf die Gebiete „Sonnenberg/Salbusch“, „Nördlich der Weiherstraße“, „Saalbrett“ und die Flächen der Firma Ludwig beschränkt.

Frau Schönhaar lässt sie wissen, dass man sich nicht auf diese Flächen beschränkt hat und prüfen wird, ob sich weitere potenzielle Flächen zur Entwicklung anbieten.

Gemeinderätin Eisenbusch erinnert daran, dass der frühere Gemeinderat Kunzmann immer wieder die Entwicklung des Gebietes „Stumpenacker“ im Zusammenhang mit der Südumfahrung Kleinsteinbach ins Spiel gebracht hat.

Frau Schönhaar erklärt, zu diesem Gebiet laufe immer noch die artenschutzrechtliche Untersuchung in Bezug auf die Trassenführung. Diese müsse erst vorliegen, bevor man tätig werden kann.

Gemeinderätin Eisenbusch teilt die Zustimmung der SPD-Fraktion zu allen Punkten der Beschlussempfehlung mit.

Gemeinderat Dr. Rahn teilt mit, von der ULiP gebe es keine uneingeschränkte Zustimmung, man bitte um getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge. Die ULiP halte grundsätzlich nichts davon, neue Baugebiete im Außenbereich auszuweisen. Es könne aber auch Situationen geben, wo man von diesem Grundsatz abweichen muss. Wenn man neue Gebiete ausweisen möchte, sei die Alternativenprüfung sicherlich eine sinnvolle Sache. Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete halte man allerdings nicht für sinnvoll. Dies gelte für die gesamte Region. Denn tatsächlich habe man in der Region Vollbeschäftigung und viel eher einen Mangel an Arbeitskräften als an Arbeitsplätzen. Nicht jeder Arbeitsplatz, der in Pfinztal entstehe, werde auch von Pfinztalern besetzt; es gebe auch genügend Einpendler. Jeder neue Gewerbebetrieb werde auch neue Menschen nach sich ziehen, die hier wohnen wollen. Es werde also viel mehr ein neuer Bedarf an Wohnungen und Wohnbauflächen entstehen als an Gewerbeflächen.

Frau Schönhaar informiert, die bereits erarbeiteten städtebaulichen Entwürfe für das Gebiet „Sonnenberg/Salbusch“ würden diese Ideen bereits aufgreifen. Man wolle Zusatzverkehr grundsätzlich vermeiden. Der Ansatz der Verwaltung sehe vor, nicht störendes Gewerbe und das Wohnen miteinander zu verbinden.

Bürgermeisterin Bodner lässt danach über die drei Beschlussvorschläge der Verwaltung getrennt abstimmen.

1. „Wer stimmt dafür, dass eine gewerbliche Entwicklung am Standort „Bühl“ insbesondere aufgrund der Restriktionen wegen der Erschließungssituation mit dem damit verbundenen Eingriff in das LSG nicht weiter verfolgt wird?“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

2. „Wer stimmt für die Durchführung einer Alternativenprüfung für gewerbliche Flächen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB?“

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

3. „Wer ist dafür, dass als Alternative für das Gebiet „Bühl“ Planungen für das Gebiet „Sonnenberg/Salbusch“ unter Berücksichtigung einer zumindest anteiligen Nutzung von nicht störendem Gewerbe zügig vorgebracht werden? Eine Behandlung



der Fläche im Rahmen der Alternativenprüfung soll nicht erfolgen.
Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

**6. Standortentwicklung Wohnbau- und Sonderflächen - Alternativenprüfung
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Inhalt hat:

Im Rahmen der Sitzungen des Technik- und Umweltausschusses am 05.11.2019 sowie des Gemeinderats am 26.11.2019 hat die Verwaltung – basierend auf dem im September beschlossenen Gemeindeentwicklungskonzept 2035 und der ebenfalls im September ausgerufenen Klimaoffensive – das geplante Vorgehen im Hinblick auf die Zielsetzung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gemeinde vorgestellt.

Neben der Erarbeitung eines Klimaanpassungskonzeptes (KLIK) und der Teilnahme der Gemeinde am European Energy Award (eea) soll im Rahmen des strategischen Flächenmanagements insbesondere die Prüfung von Alternativen für Wohnbau- und Sonderflächen dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Inhalte und Zielsetzung der einzelnen Ansätze wurden ausführlich erläutert. Auf Sitzungsvorlage BV 409/2019/1 wird verwiesen.

Eine Beratung und Beschlussfassung über die Alternativenprüfung fand in der Sitzung am 26.11.2019 nicht statt, da von Seiten des Gremiums noch Klärungsbedarf bestand. Die entsprechenden Punkte konnten zwischenzeitlich geklärt werden; der Sachverhalt wurde neu aufbereitet und um die Alternativenprüfung für gewerbliche Standorte ergänzt. Auf die Sitzungsvorlage BV 409/2019/2 wird an dieser Stelle verwiesen.

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, die Verwaltung schlage folgende Beschlussfassung vor: Basierend auf der Vorberatung des Technik- und Umweltausschusses vom 05.11.2019 bzw. der Vorlage BV 409/2019 beschließt der Gemeinderat die Durchführung einer Alternativenprüfung für Wohnbau- und Sonderflächen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt sie über diesen Beschlussvorschlag abstimmen. **Der Beschlussvorschlag wird mit 21 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.**

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt weist auf einen zeitlichen Fehler in der Vorlage hin, wonach die Klimaoffensive Pfinztal bereits im Juli 2019 ausgerufen wurde und nicht wie in der Vorlage dargestellt erst im September 2019.

**7. „Pfinztal zum sicheren Hafen erklären“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt durch Gemeinderätin Fahir (SPD) und Gemeinderätin Frensch (Die Linke)
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner informiert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Gemeinderätinnen Aisha Mohamed Fahir (SPD) und Kristin Frensch (Die Linke) hätten mit Schreiben vom 23.10.2019 bei der Verwaltung einen Antrag eingereicht, wonach der Gemeinderat folgendes beschließen möge: Die Gemeinde Pfinztal erklärt sich zu einem sicheren Hafen. Sie nimmt freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete auf, die sonst an keinen Hafen anlanden dürfen, sofern sich kein EU-Land bereiterklärt, die Hilfesuchenden aufzunehmen. Sie weist darauf hin, dass der Antrag sowie dessen Begründung und eine Stellungnahme der Verwaltung der Vorlage beigelegt sind. Die Antragsteller hätten nun die Gelegenheit zur Erläuterung ihres Antrags.

Gemeinderätin Frensch führt für die Antragsteller folgendes aus:

„Mir ist bewusst, dass unser Antrag im Vorfeld einige Diskussionen und Unstimmigkeiten ausgelöst hat. An dieser Stelle möchte ich gerne darauf hinweisen, dass wir in keiner Weise



jemandem zu nahe treten oder Kompetenzen in Frage stellen wollten. Mit diesem Antrag möchten wir keine Parteipolitik betreiben, sondern gemeinsam mit ihnen Pfinztal zu einem „Sicheren Hafen“ erklären.

Zu diesem Thema bleibt zu sagen – ja wir dürfen als Gemeinde diesen Antrag stellen und beschließen. Das haben bereits viele Gemeinden, Kreise und Städte vor uns getan, obwohl sie keine eigene Ausländerbehörde vorweisen können. Letztlich geht es mit diesem Antrag auch nicht darum, dass ausschließlich genau diese Menschen, die aus „Seenot“ gerettet wurden, bei uns aufgenommen werden sollen. Da haben wir tatsächlich keinen direkten Einfluss darauf. Vielmehr geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Wir als Gemeinde wollen damit aktiv signalisieren, dass die Entscheidungen, welche auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, nicht unseren Vorstellungen von Solidarität und Menschenwürde entsprechen.

Auch die evangelische und katholische Kirche sowie die Diakonie und die Caritas befürworten und unterstützen aktiv das Anliegen der Seenotrettungsvereine. So wurde beispielsweise am vergangenen Wochenende im Münchner Dom ein ökumenischer Gottesdienst abgehalten, in dem eine Stunde lang die Namen von Menschen vorgetragen wurden, die im Mittelmeer ertrunken sind.

Nun zurück zu unserer Situation in Pfinztal: In Anbetracht der jetzigen Situation schliesse ich mich gerne der Haltung der Verwaltung an, dass aufgenommenen Menschen ausreichend große Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Mit Sicherheit ist es eine herausfordernde Aufgabe, im angespannten Wohnungsmarkt die passenden Wohnungen zu finden. Für uns ist es aber unabdingbar, die entsprechenden Ressourcen in die Hand zu nehmen, um adäquaten Wohnraum zu schaffen oder zu finden. Und dafür sollten wir auch bereit sein, unseren Haushalt entsprechend zu belasten.

Für uns stellt sich nicht die Frage: Dürfen wir das oder können wir das? Nein wir müssen es! Es ist unsere Pflicht und bei dem ein oder anderen darüber hinaus ein Herzensanliegen für Menschlichkeit einzustehen, Zeichen zu setzen und aufzustehen, wenn unsere Bundesregierung still hält.

Denn wie wollen wir unsere menschliche, christliche und soziale Botschaft legitimieren, wenn wir dem Retten von Menschenleben nicht die höchste Priorität unseres Denkens und Handelns einräumen.

Weihnachten steht vor der Tür, jeder von uns ist in der glücklichen Situation ein Weihnachtsfest zu verbringen, das in Frieden, Geborgenheit und mit ausreichend Grundgütern gefeiert werden kann. Diese Selbstverständlichkeit gilt nicht für alle Menschen. Wer sein Heimatland verlässt und sich auf eine Reise begibt, die unter Umständen mit dem Leben bezahlt werden muss, ist ohne Frage tief verzweifelt und hat nichts mehr zu verlieren. Diese Menschen haben unseren Schutz und unsere bedingungslose Unterstützung verdient.

Für uns wäre die gemeinsame Zustimmung zu diesem Antrag ein Zeichen der Menschlichkeit, des Friedens und der Hoffnung. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Gemeinderätin Fahir weist darauf hin, dass jeden Tag vor unserer Haustür Menschen sterben. Die Lage im Mittelmeer sei immer noch prekär, auch wenn Italien seine Haltung etwas gelockert habe. Es gebe aber immer noch große Probleme an den europäischen Außengrenzen. Es stehe außer Frage, dass es sich um eine europäische Aufgabe handelt, doch werde keine Regierung ihrer Verantwortung gerecht. Bis eine europäische Lösung gefunden wird, müsse man deshalb vor Ort tätig werden. Viele Vorkommnisse in der letzten Zeit würden deutlich machen, dass ein schnelles Handeln unabdingbar ist. Es liege in unserer Verantwortung als gewählte Vertreter*innen der Menschen aus Pfinztal, alles zu unternehmen, um ein weiteres Sterben zu verhindern. Die Gemeinde habe die Möglichkeiten und Ressourcen, um dies zu leisten. Wenn man keinen Wohnraum für Geflüchtete habe, müsse man welchen schaffen. Wenn Pfinztal acht Millionen Euro für eine Unterführung ausgabe, dann könne man auch noch ein bisschen mehr in die Hand nehmen für diese Menschen. Aus humanistischer und ethischer Sicht sollte die Gemeinde Pfinztal die Aktion „Seebrücke“ unterstützen und ein Signal setzen. Viele andere Kommunen hätten sich bereits dieser Initiative angeschlossen. Ihr sei bewusst, dass dies keine primäre Aufgabe der Gemeinde ist, doch sei es primäre Auf-



gabe jedes Politikers, sich für Menschlichkeit und die Menschen einzusetzen. Durch die Unterstützung des Antrags erkläre man sich bereit, über das Kontingent hinaus weitere Menschen aufzunehmen und an die Bundes- und Landesregierung ein Signal zu senden. Über die Parteigrenzen hinweg sollte der Antrag deshalb unterstützt werden. Sie gehe davon aus, dass es Ziel der Politik sein sollte, das Leben der Menschen zu verbessern. In diesem Fall könne man sogar das Leben von Menschen retten, weshalb man dieser Verantwortung gerecht werden und einen gemeinsamen Beschluss fassen sollte.

Gemeinderat Hörter trägt vor, die Gemeinde Pfinztal stehe zu ihrer humanitären Verantwortung gegenüber allen Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung Asyl suchen. In den vergangenen Jahren habe man vor diesem Hintergrund mit viel ehrenamtlichem Engagement eine Willkommenskultur in Pfinztal geschaffen und gelebt. Er sei der Meinung, dass die Gemeinde bereits in ausreichendem Maße zu einem sicheren Hafen geworden ist. Empathie und eine humanitäre Verantwortung gegenüber Flüchtlingen seien ebenso wie Solidarität geboten. Eine Lösung des Problems könne jedoch nur im bestehenden rechtlichen Rahmen erfolgen. Da es sich bei nahezu der gesamten Flüchtlingsthematik um hoheitliche Aufgaben handelt, sehe die CDU-Fraktion im Blick auf den gestellten Antrag keine Zuständigkeit der Gemeinde, noch eine Entscheidungskompetenz der Kommunalpolitik. Die Gemeinde könne lediglich die Bereitschaft zu einer Selbstverpflichtung bekunden. Der Antrag sei in wesentlichen Punkten allerdings völlig unbestimmt und damit in seinen Folgen und finanziellen Auswirkungen nicht abschließend beurteilbar. Eine Erhöhung der Flüchtlingsquote stoße in Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis und Widerstand. Die Ziele der Seebrücke würden kein einziges Leben retten und keinem Flüchtling weiterhelfen. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Gemeinderätin Eisenbusch stellt fest, dass vieles aus dem Antrag und vom Gesagten richtig ist und dazu stehe auch ihre Fraktion. Natürlich dürfen keine Menschen umkommen. Das im Antrag formulierte Ansinnen, dass Pfinztal Menschen aufnehmen soll, die kein anderes Land aufnimmt, könne man allerdings nicht leisten. Aus rechtlichen Gründen müsse man deshalb den Antrag ablehnen. Man müsse vielleicht überlegen, wie man das Ziel, das sicherlich alle gemeinsam haben, nämlich dass kein Mensch im Mittelmeer umkommt, besser formulieren kann. Sie könne sich auch vorstellen, in einem gemeinsamen Schreiben an die Abgeordneten zu appellieren, die Bundesregierung zu einer Änderung der Politik aufzufordern. Die Kommunen seien allerdings das Schlusslicht in einer langen Kette, Pfinztal bekomme seine Zuteilung zur Verteilung in die Anschlussunterbringungen. Niemand wisse in Pfinztal, wie diese Menschen nach Deutschland gelangt sind. 264 Personen seien bereits untergebracht worden, dies sei eine großartige Leistung. Man befinde sich in einer schwierigen Situation, wo man auf der einen Seite sicherlich seine Meinung gegenüber der Regierung sagen sollte und diese zu einem Handeln auffordern sollte. Pfinztal könne dies selber aber nicht leisten. An dieser Situation könne man nichts ändern, man sei eingebunden in die rechtlichen Abläufe. Schweren Herzens müsse man den Antrag deshalb ablehnen, andererseits sollte man trotzdem nochmals überlegen, ob es eine andere Möglichkeit gibt, einen Antrag zu formulieren; denn das Vorhaben sei grundsätzlich wichtig und gut.

Gemeinderätin Rothweiler meint, die bereits mehrfach angesprochene rechtliche Grundlage müsse gar nicht sein, sonst hätten sich andere Städte und Gemeinden der Aktion nicht angeschlossen. Sie würde sich schämen müssen, wenn sie dem Antrag nicht zustimmen würde; schöne Worte allein würden nichts ändern. Am vergangenen Wochenende hätten sich die evangelische und katholische Kirche in München eindeutig für die zivile Seenotrettung ausgesprochen. Die evangelische Kirche habe sogar einen Fonds ins Leben gerufen, um ein eigenes Schiff kaufen und Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten zu können. Sie wisse nicht, was an diesem Handeln verwerflich sein soll. Die Zustimmung zum Antrag soll eine Signalwirkung haben, auch gegen rechts. Tatsache sei, dass es dadurch kaum mehr Flüchtlinge in Pfinztal geben wird. Sie verweist auf die geplante Ausgabe von etwa 8 Mio. Euro für die Um-



gehung und meint, man sollte im Blick darauf auch Geld übrig haben für Flüchtlinge und sozial arme Menschen.

Gemeinderätin Konstandin geht es um eine Klarstellung. Wenn man sich gegen den Antrag ausspreche, sei man nicht gegen eine Seenotrettung. Das Gegenteil sei der Fall, man sei sogar sehr dafür, dass Menschen aus dem Mittelmeer gerettet werden. Aber genau dies könne die Gemeinde nicht leisten. Jeder könne aber privat die Seebrücke unterstützen und damit mithelfen, dass die Menschen aus Seenot gerettet werden. Dies sei der eine Teil der Sache. Die andere Seite sei die Überlegung, zusätzlich in Pfinztal Menschen aufzunehmen. Diese Seite habe Herr Bühler vom Landratsamt deutlich beleuchtet und klargestellt, dass Pfinztal dies nicht kann. Man dürfe diese beiden Themen nicht miteinander vermischen. Zu bedenken sei außerdem, dass die aufgeführten Städte wie Konstanz den Status eines Landkreises haben und nicht mit der Gemeinde zu vergleichen sind. Nur diese Städte hätten zusätzliche Flüchtlinge aufgenommen, aber keine Kommunen wie Pfinztal.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt findet die Aussage im Schreiben von Herrn Bühler eindeutig. Die Gemeinde habe die Möglichkeiten und Ressourcen, über ihre gesetzliche Verpflichtung bzw. über das Kontingent hinaus weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Dagegen spreche ihrer Meinung nichts. Sie verweist außerdem darauf, dass unter den teilnehmenden Kommunen auch solche dabei sind, die Pfinztal ähneln. Letztendlich würde es sich um einen symbolischen Akt der Gemeinde handeln.

Gemeinderätin Möller teilt mit, sie werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil es sich um ein vielschichtiges Problem handelt. Sie wolle natürlich nicht, dass viele Menschen auf der Welt so schrecklich leben oder im Meer ertrinken müssen. Sie fände es zunächst gut, wenn die Gemeinde Pfinztal ihr Aufnahmekontingent erfüllen würde, das ihr gesetzlich auferlegt sei. Aus ihrer Sicht handle es sich um ein europäisches Thema. Zum Stichwort „Symbolpolitik“ meint sie, dass man durchaus auch falsche Symbole senden kann, nämlich an die widerwärtigen Schlepper, die die hilflosen Menschen ausnutzen und sich durch solche Entscheidungen vielleicht ermutigt fühlen, die Menschen auf das Meer zu schicken.

Gemeinderätin Fahir geht es um eine Klarstellung. Der Antrag sage nicht, dass die Gemeinde Pfinztal Flüchtlinge aufnimmt. Die Formulierung laute lediglich, dass man bereit sei, mehr als das Kontingent aufzunehmen. Es gehe also in erster Linie darum, Signale zu setzen und das einzig mögliche zu machen, was man tun könne, nämlich über das gesetzliche Kontingent hinaus weitere Menschen aufzunehmen.

Gemeinderat Dr. Rahn liest die beantragte Formulierung vor. Danach soll die Gemeinde Pfinztal freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete aufnehmen, die sonst an keinen Hafen anlanden dürfen und die von keinem EU-Land aufgenommen werden. Dies könne die Gemeinde Pfinztal auf keinen Fall leisten. Der Antrag sei ungeschickt formuliert, man könne auf gar keinen Fall zustimmen, was er gerne tun würde. Er rät den Antragstellern, den Antrag zurückzuziehen.

Gemeinderätin Fahir hält es für möglich, den Antrag zu ändern und neu zu formulieren, dass von Seiten der Gemeinde Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge besteht.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, es gebe im Gremium eine Bereitschaft zur Zustimmung, wenn der Antrag anders formuliert wäre.

Gemeinderätin Frensch meint, das Ziel des Antrags sei klar, auch Herr Bühler habe dies in seinem Schreiben klar zum Ausdruck gebracht. Sofern der Antrag eine Mehrheit finde, werde die Gemeinde über ihr gesetzliches Kontingent hinaus weitere Flüchtlinge aufnehmen. Genau dies werde mit dem Antrag bezweckt.



Herr Müller erklärt, sicherlich sei jeder im Raum der Auffassung, dass man den Antrag aus humanitären Gründen unterstützen müsste. Es gebe aber zu dieser Auffassung ein großes aber. Die Gemeinde Pfinztal wolle mit ihrer Flüchtlingspolitik Erfolg haben, man möchte das gesteckte Ziel erreichen. Der Antrag hätte aber nicht bei der Gemeinde Pfinztal eingereicht werden müssen, sondern eigentlich bei der Bundesregierung. Über die Bundes- und Landtagsabgeordneten sollte versucht werden, Druck auszuüben. Er sehe die Aufgabe der Gemeinde darin, die in Pfinztal aufgenommenen Menschen auch zu integrieren und in geordneten Verhältnissen wohnen zu lassen. Dies sei die Hauptaufgabe der Gemeinde. Fakt sei, dass die Gemeinde bei der Unterbringung immer auf andere Menschen angewiesen ist. Zu den Ressourcen sei zu sagen, dass man bei der Anschlussunterbringung immer mehr an die Grenzen stößt. Man habe bis heute 264 Personen aufgenommen und untergebracht. Mittlerweile gebe es Probleme hinsichtlich der Unterbringung, man sei genötigt zu Umsetzungen. Das angesprochene kleine Defizit im Blick auf die Aufnahmeverpflichtung sei deshalb entstanden, weil ein Bauherr seine Zusage nicht eingehalten hat. Für das Jahr 2020 habe man mit 16 weiteren Flüchtlingen zu rechnen. Er sehe den Hinweis von Herrn Bühler, wonach Pfinztal gerne weitere Personen aufnehmen könnte, deshalb aus einer anderen Warte.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeisterin Bodner stellt nach Beendigung der Sitzungsunterbrechung fest, dass von der Anregung, die Problematik an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten heranzutragen, auf jeden Fall Gebrauch gemacht werden sollte.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart teilt mit, man werde den Antrag wie eingereicht zur Abstimmung bringen. Sollte der Antrag keine Mehrheit erhalten, werde man diesen später in abgeänderter Form erneut einreichen.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt dem Beschlussantrag der Antragsteller zu, wonach sich die Gemeinde Pfinztal zu einem sicheren Hafen erklärt und freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete aufnimmt, die sonst an keinem Hafen anlanden dürfen, sofern sich kein EU-Land bereit erklärt, die Hilfesuchenden aufzunehmen?“

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

8. Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses mit der Stadt Bretten, Zustimmung der Ergänzung in § 3 Abs. 4 zur Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Willi und teilt mit, seit der letzten Beratung dieses Punktes habe sich eine Änderung ergeben. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Bretten bedürfe in § 3 der Ergänzung durch einen vierten Absatz. Dieser laute folgendermaßen: Sollte zur Aufgabenerfüllung eine Personalaufstockung notwendig werden, erfolgt diese nach Zustimmung durch die übertragenden Gemeinden. Sie bittet Herrn Willi um weitere Erläuterungen.

Herr Willi ergänzt, am 26.11. habe man über die Vereinbarung mit der Stadt Bretten bereits entschieden. Kurze Zeit später habe die Verwaltung eine Mitteilung aus Bretten erhalten, wonach drei beteiligte Kommunen die vorgetragene Ergänzung der Vereinbarung wünschen. Bereits in dieser damaligen Sitzung habe er angedeutet, dass eine Personalaufstockung notwendig werden könnte, wenn mehr Kauffälle oder Gutachten anfallen. Nach der vorgeschlagenen Ergänzung des Vereinbarungstextes sei die Personalaufstockung nur bei Zu-



men Holzverkauf waldbesitzender Kommunen im Landkreis Karlsruhe - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner lässt wissen, der Gemeinderat habe sich bereits dafür entschieden, dass die Gemeinde sich mit anderen Kommunen zusammenschließt, um künftig über den Landkreis gemeinsam das Holz zu verkaufen. Dies deshalb, weil es im Landratsamt Fachleute gibt, die sich hier auskennen. Nun gehe es um die Unterzeichnung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die der Verwaltungsvorlage beigelegt ist. Die Verwaltung schlage die Zustimmung zu dieser vor.

Sie nimmt zur Kenntnis, dass aus dem Gremium keine Wortmeldungen vorliegen und stellt folgende **Abstimmungsfrage**:

„Wer stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den gemeinsamen Holzverkauf waldbesitzender Kommunen im Landkreis Karlsruhe gemäß dem vorgelegten Entwurf zu?“

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

10. Regenerative Energien Pfinztal GmbH/ Übernahme des Jahresfehlbetrages durch die Gemeinde Pfinztal - Beratung und Beschlussfassung

Gemeinderat Kirchenbauer erklärt sich für befangen und setzt sich in den Zuhörerraum.

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Inhalt hat:
Die „Regenerative Energien Pfinztal GmbH“ ist eine 100 % - Tochter der Gemeinde Pfinztal. Sie wurde einzig zum Zweck gegründet, die Komplementärfunktion in der „Wasserkraftwerk Pfinztal GmbH & Co KG“ zu übernehmen. An dieser Gesellschaft, die die Wasserkraftanlage am Wehr Walther, eine PV-Anlage auf dem Dach der Werkstatt im Bauhof sowie eine Solaranlage auf dem Dach der Hagwaldhalle betreibt, ist die Gemeinde mit 51% beteiligt. Die GmbH erhält hierfür 2,5 % der Einnahmen aus den Einspeisevergütungen durch die EnBW an die KG. Diese Einnahmen belaufen sich auf ca. 800 € / Jahr. Bedingt durch die natürlichen Gegebenheiten – das Wasseraufkommen an der Pfinz und die durchschnittlichen jährlichen Sonnenstunden sind nicht beeinflussbar – liegen diese Einnahmen weit unter den Kosten für die Gesellschaft. Durch die Kosten für die Buchhaltung, den Jahresabschluss und die vorgeschriebene Prüfung desselben, kommt es zu regelmäßigen Verlustvorträgen. Im Geschäftsjahr 2018 betrug dieser 4.702,46 €.

Bürgermeisterin Bodner trägt vor, die Verwaltung empfehle die Übernahme dieses Verlustvortrags.

Gemeinderat Dr. Rahn will wissen ob es richtig sei, dass der fehlende Gewinn in erster Linie auf die Wasserkraftanlage zurückzuführen ist, andererseits die Photovoltaikanlagen gewinnbringend arbeiten. Vor diesem Hintergrund könnte es sinnvoll sein, zusätzliche neue Photovoltaikanlagen zu errichten.

Herr Renz antwortet, man habe bei der Gründung der Firma die Gesellschaftsform der GmbH & Co KG gewählt. Diese Betriebsform bedinge eine separate Gesellschaftsform, nämlich die „Regenerative Energien Pfinztal GmbH“, die einzig und allein die Vollhafterfunktion der Gesellschaft zu übernehmen hat. Dafür erhalte sie 2,5 % der Einnahmen aus den Einspeisevergütungen durch die EnBW an die KG. Wenn nun infolge von Trockenperioden der Ertrag des Wasserkraftwerks zurückgeht, wirke sich dies natürlich auch auf die Einnahmen der „Regenerative Energien Pfinztal GmbH“ aus. Grundsätzlich sei festzustellen, dass diese



18.03.2019	Lerntreff Klapper & Stögbauer	648,00 €	Sachspende an GSR Pfinztal
24.05.2019	VR Bank Enz Plus	500,00 €	Kinderferienprogramm Pfinztal
12.06.2019	Net-Select GmbH	1319,00 €	Jugendfeuerwehr Abtlg. Söllingen
22.08.2019	Edelstahl Rosswag GmbH	250,00 €	Feuerwehr Abtlg. Kleinsteinbach
24.09.2019	Firma Goetz + Brokopp	129,00 €	Feuerwehr Abtlg. Kleinsteinbach
04.11.2019	Gerlinde Dammert, Pfinztal	200,00 €	Sozialfonds „Ein Herz für Pfinztal“
02.12.2019	Dr. Petra Bantlin	30,00 €	Sozialfonds „Ein Herz für Pfinztal“
03.12.2019	Firma Rossmann	1000,00 €	Sozialfonds „Ein Herz für Pfinztal“
06.12.2019	Floragunn GmbH, Berlin	600,00 €	Sozialfonds „Ein Herz für Pfinztal“

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Der Annahme der vorgelegten Spenden und Zuwendungen wird zugestimmt.

12. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage mit Auflistung der Beschlüsse, die in nichtöffentlichen Sitzungen gefasst wurden. Sie will wissen, ob sie auf ein Verlesen verzichten kann und stellt fest, dass dies der Fall ist. Sie erklärt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse damit als bekanntgegeben.

13. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner berichtet, zusammen mit Ortsvorsteherin Schaier und Ortsvorsteher Rothweiler sei sie heute bei Regierungspräsidentin Felder gewesen. Die Regierungspräsidentin habe sich die geschilderten Situationen auf der B 293 in Berghausen sowie auf der Bockstalstraße in Kleinsteinbach angehört und sei auf den aktuellen Stand gebracht worden. Anliegen des Besuchs sei es auch gewesen, das Ziel der Gemeinde auf Asphaltierung der Bockstalstraße nach vorne zu bringen. Die Verwaltung werde im Übrigen das Gremium im Januar über den Aufbau des neuen Lärmaktionsplans unterrichten, der druckfrisch eingegangen sei. Im Rahmen ihrer Bereisung der Kommunen werde die Regierungspräsidentin auch nach Pfinztal kommen.

Das Gremium erinnert sie an die morgige Sitzung der neu eingerichteten Klimakommission Pfinztal. Sie bittet Herrn Kröner um weitere Erläuterungen zur Situation der Postfiliale Berghausen.

Herr Kröner berichtet, die zuständige Stelle innerhalb der Post habe nach neun Monaten der Erfolglosigkeit nun die Suche nach einer Lösung aufgegeben und die Sache in die Hände einer Immobilienfirma gelegt. Der Mitarbeiter dieser Firma sei gestern in der Verwaltung gewesen, man habe ihn an die Firma FWD verwiesen, die für die Vermietung der Räume in der neuen Ortsmitte zuständig sei. Zusätzlich habe man mit dem Geschäftsführer der FWD, Herrn Hanselmann, telefoniert. Ergebnis sei die Tatsache, dass die FWD der Post ein Angebot zur Anmietung des bisher schon genutzten Raums machen wird. Die Post werde Stand heute diese Filiale zukünftig mit eigenem Personal besetzen. Diese Lösung wäre aus Sicht der Gemeinde ein gutes Ergebnis. Niemand sage allerdings derzeit, welche Öffnungszeiten es in der neuen Filiale geben wird. Dies richte sich scheinbar nach dem Bedarf.

Bürgermeisterin Bodner ergänzt, die Verwaltung habe in den letzten Monaten sicherlich fünf unterschiedliche Beauftragte der Post als Gesprächspartner gehabt. Dies sei nicht befriedigend. Sie macht darauf aufmerksam, dass es ganz klar Auftrag der Post ist, eine Post-



stelle in Berghausen vorzuhalten.

14. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Fahir will wissen, wann die Sitzungsunterlagen vollständig über das Tablet zugeschickt werden; erst dann könne man auf die Zusendung der Unterlagen in Papierform verzichten.

Bürgermeisterin Bodner weiß zu berichten, dass eine Änderung im Betriebssystem der Tablets erforderlich wird. Im Übrigen müsse sie nachfragen, wann dies der Fall sein wird.

Gemeinderat Schwarz teilt mit, nach seinem Eindruck ist die Homepage der Gemeinde bezüglich der Mitglieder des neuen Gemeinderates noch nicht aktualisiert worden.

Gemeinderat Dr. Rahn bittet darum, den Ratsmitgliedern das Radwegekonzept zukommen zu lassen. Er spricht die Sperrung des „Dolen“ im Bereich „Bahnwinkel“ an. Ihm sei klar, dass diese Straße keine Umleitungsstrecke sein soll. Er gebe zu bedenken, dass es für die Nutzer des P + R-Platzes an der Reetzstraße ungeschickt ist, wenn sie außen herum fahren müssen, um auf den Parkplatz zu gelangen. Er halte das Befahren des Bahndurchlasses für keine gefährliche Situation, weil man hier nur langsam fahren könne. Insofern sollte man diese Regelung nochmals überdenken.

Herr Knobloch antwortet, die Verwaltung werde dies nochmals prüfen, es habe sich um eine Forderung der Polizei und des Landratsamtes gehandelt. Er habe vor Kurzem selbst erlebt, dass ein PKW-Fahrer die Fußgängerfurt beim geschlossenen Bahnübergang Söllingen befahren hat. Insofern gehe es beim Dolen auch um die Sicherheit der Fußgänger, die ihm weit wichtiger sei als ein kurzer Weg zum Parkplatz.

Gemeinderätin Elsenbusch will wissen ob es zutrifft, dass die Ampel beim Rathaus Söllingen nicht blindengerecht ausgebildet ist.

Herr Knobloch antwortet, dies treffe auf alle Ampeln im Bereich der Gemeinde Pfinztal zu. Er habe diese Tatsache gegenüber dem Landratsamt gemeldet, es habe erste Gespräche gegeben, allerdings noch keine endgültige Antwort. Das Landratsamt argumentiere nach seiner Information dahingehend, dass Anträge auf Umrüstung der Straßenlampen von den Behindertenverbänden kommen sollten. Dieses Schreiben habe er der Hauptverwaltung zur Bearbeitung weitergeleitet. Der Gemeinde sollte klar sein, dass bei einer Umrüstung der Ampeln die Gemeinde die peripheren Flächen auch umgestalten muss.

Gemeinderätin Elsenbusch erklärt, eine zweite Frage betreffe Herrn Sturm. Bei der Sitzung der Schulkommission habe man erfahren, dass das WLAN bei der Werkrealschule noch immer nicht ausreichend sei.

Herr Kröner weiß zu berichten, dass am heutigen Tag eine Umschaltung auf 100 MB vorgenommen wird.

Gemeinderätin Konstandin weist darauf hin, dass es in der Gemeinde keinen Behindertenbeauftragten mehr gibt.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, im Januar werde man diese Stelle wieder ausschreiben.

Gemeinderätin Konstandin erkundigt sich nach dem Stand zum Parkraumkonzept Pfinztal.



Herr Knobloch antwortet, die Vorlage stehe kurz bevor. Sobald dieses bei der Gemeinde eingeht, werden man es an die Kommunalpolitik weiterleiten.

Gemeinderätin Konstandin hat in Erinnerung, dass eine gemeinsame Mailadresse für alle Gemeinderatsmitglieder angelegt werden soll, damit Bürgerinnen und Bürger einen einfachen und einheitlichen Zugang zu allen Mitgliedern des Gremiums haben. Diese sollte auf der Homepage der Gemeinde zu finden sein.

Herr Kröner antwortet, in diesem Fall habe die Verwaltung zunächst alle Gremiumsmitglieder abzufragen, ob dies gewünscht ist.

Bürgermeisterin Bodner beendet danach diesen Beratungspunkt.

15. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine Wortmeldungen aus der Zuhörerschaft vorliegen; sie beendet daraufhin die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderätin
Angelika Konstandin

Roland Härer

Gemeinderätin
Barbara Schaier